

# Vormwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Die Gemeindewahlen in Sachsen.

## Bedauerlicher Mißerfolg der Partei.

Dresden, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Bei den gestrigen Gemeindewahlen haben sich von 431 956 Wahlberechtigten in Dresden nach dem bisherigen Ergebnis nur 294 597 beteiligt. Die abgegebenen Stimmen verteilen sich nach vorläufiger amtlicher Feststellung wie folgt: Vereinigte Sozialdemokratie 81 607, Deutsche Volkspartei und Zentrum 43 491, SPD. 39 370, Deutschnationale 37 615, Handel 29 037 und Demokraten 26 530, Deutschnationale 19 623, Hausbesitzer 10 230, Beamte 5270, U.S.P. 1824. (Die letzten Wahlen am 14. November 1921 hatten folgendes Ergebnis: SPD. 93 854, U.S.P. 27 134, Kommunisten 13 714, Beamte 20 354, Angestellte 5426, bürgerliche Einheitsliste 112 890.) Bei der gestrigen Wahl waren die Listen der Bürgerlichen untereinander verbunden, ebenso die der Linksparteien. Die Sitze im Dresdener Stadtparlament werden sich nach diesem vorläufigen Resultat folgendermaßen verteilen: 43 bis 44 Bürgerliche (darunter 4 bis 5 Deutschnationale), bisher 42 Bürgerliche, 9 bis 12 Kommunisten, bisher 4, 20 oder 21 U.S.P., bisher 38. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Mandatszahl im Dresdener Stadtparlament von 84 auf 75 vermindert worden ist.

Am Einzelergebnissen liegen uns ferner vor:

Leipzig. Wirtschaftsliste (Deutsche Volkspartei) 115 481, Deutschnationale 31 211, U.S.P. 7953, Wirtschaftl.-Soziale 31 336, U.S.P.D. 90 723, Demokraten 31 893, Kommunisten 68 752. Die Mandate verteilen sich wie folgt: Wirtschaftsliste und Demokraten 31, Wirtschaftl.-Soziale 7, die Linksparteien 35. Das Verhältnis ist fast: Bürgerliche 38, Linksparteien 35; früher 36 gegen 36.

Zwickau. Vereinigte Sozialdemokratie 10 203 (13 Mandate), U.S.P. 1063 (1), SPD. 6415 (8), Deutschnationale 6334 (8), Deutsche Volkspartei 6227 (8), Demokraten 5195 (6), Mittelstandvereinigungen 3534 (5). Bei den letzten Wahlen: SPD. 17 981 (12), U.S.P. 4891 (4), SPD. 3083 (3), Deutschnat. 6190 (6), Deutsche Volkspartei 6294 (6), Demokraten 5844 (5).

Chemnitz. Soz. 35 230, Komm. 32 121, Unabhängige 472, Deutsche Volkspartei 25 033, Deutschnationale 21 771, Haus- und Grundbesitzer 12 474, Demokraten 8622. Die Verteilung der Sitze ergibt für die Bürgerlichen Parteien 30, für Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 31 Sitze. Es besteht also nach wie vor eine Linksmehrheit, allerdings nur von einer Stimme, während sie bisher 5 Stimmen betrug.

### Weitere Meldungen.

Plauen. 38 Bürgerliche, 23 Vertreter der Linken, bisher 33 gegen 27.

Zittau. 20 Sitze der Bürgerlichen und 9 Sitze der Linksparteien, bisher 17 gegen 11.

Bautzen. 21 Bürgerliche und 14 Sitze der Linksparteien, bisher 20 gegen 15.

Frankenberg. 16 Bürgerliche, 15 Sozialdemokraten, bisher 15 gegen 15.

Neustadt. 10 Bürgerliche, 5 Sozialisten und Kommunisten, bisher 8 gegen 7.

Mittweida. 12 Vertreter der Rechten, 13 Vertreter der Linken, Unverändert.

Söbna. 12 Bürgerliche, 9 Sozialdemokraten und Kommunisten, bisher 11 gegen 10.

Dörfelswerda. 12 Bürgerliche, 7 Sozialdemokraten und Kommunisten, bisher 11 gegen 7.

Meißen. 20 Bürgerliche, 17 Sozialdemokraten und Kommunisten. Bisher 18 gegen 18.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen haben die Gemeindewahlen in ganz Sachsen für die Sozialdemokratische Partei keine Erfolge, sondern im großen und ganzen eine schwere Enttäuschung gebracht. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen außerordentlich gering, teilweise gingen nur 60 Proz. der Wähler zur Abstimmung. Die Meldungen über die Einzelergebnisse in den Städten und Industrievierteln laufen nur spärlich ein, so daß ein vollkommener Überblick über die Verschiebung der Stimmengängen noch nicht gewonnen werden kann. Soweit die großen Städte in Betracht kommen, kann jedoch eine allgemeine Verschiebung zugunsten der extremen Parteien festgestellt werden. Sowohl die Kommunisten wie die Deutschnationalen und deren rechter Flügel, die Deutschvölkischen, haben durchschnittlich stark zugenommen, während die Sozialdemokratie ebenso wie die bürgerlichen Mittelparteien im allgemeinen eine Abnahme zu verzeichnen hatten, bestenfalls aber auf ihrem alten Stand stehen blieben.

Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie die Ursachen dieses Mißerfolges genau zu prüfen hat, wozu in den nächsten Tagen noch ausreichend Gelegenheit sein wird. Zweifellos hat der Ausnahmezustand mit seinem militärischen Ansturm gerade gegen die sozialdemokratische Regierung nicht wenig dazu beigetragen, die Situation für unsere Partei zu verschlechtern. Aber diese Tatsache allein gibt keinen hinreichenden Aufschluß über die Gründe des allgemeinen Stillstands und des teilweise nicht unerheblichen Rückgangs unserer Stimmen und Mandate. Es müssen noch andere Umstände mitspielen. Zweifellos hat der Parteistreit, der in der sächsischen Sozialdemokratie in den letzten Wochen und

Monaten immer tiefer ging, die Stimmung der Wähler nicht unmerklich beeinflusst. Wohl in keiner Gegend Deutschlands ist die „Parteiopposition“ — um dies nun einmal landläufig gewordene Wort auch hier anzuwenden — so reger tätig gewesen als gerade in Sachsen. Wir haben zu unserem Bedauern von diesen Vorgängen die Leser des „Vormwärts“ wiederholt unterrichten müssen und sehen nun, daß das Ergebnis der Gemeindewahlen in keiner Weise den Hoffnungen entspricht, die von der Parteiopposition gehegt wurden.

Gerade in jenen Bezirken, in denen die heftigste Kritik an der Haltung der Gesamtpartei geübt wurde, ist das Resultat der Wahlen für uns überaus unerfreulich. Das trifft nach den bisher vorliegenden Meldungen sowohl in Zwickau wie in Plauen zu, aber auch in Dresden, Leipzig und Chemnitz geben die Zahlen ein sehr trübes Bild vom Stande unserer Partei.

Nach auf dem letzten sächsischen Parteitag — am 6. Januar — hat die überwiegende Mehrheit sich für die Auflösung des Landtages und für Neuwahlen zum Landesparlament ausgesprochen. Das Ergebnis der Gemeindewahlen wird zweifellos auch dieser Parteitagmehrheit zeigen, daß die Auflösung in dieser Zeit für die Partei ein sehr gewagtes Experiment gewesen wäre. Die Fraktionsmehrheit, die sich zur Bildung einer Koalitionsregierung entschloß, ohne die Zustimmung des Landesparteitages abzuwarten, war damals der Meinung, daß eine allgemeine Neuwahl im besten Falle nur das bisherige Verhältnis im Landtage wiederbringen würde. Nach dem Ausfall der Gemeindewahlen aber ist zu schließen, daß sie wahrscheinlich eine wesentliche Schwächung der Position der Vereinigten Sozialdemokratie ergeben hätte und damit die dauernde Ausschaltung aus der Regierung des Landes. Das an sich unerfreuliche Ergebnis der gestrigen Wahlen wird also doch ein gutes haben, insofern es dem Reichsparteitag, der endgültig über den Streit zwischen Fraktion und Landesinstanzen entscheiden soll, ein sehr wichtiges und nicht zu erschütterndes Argument unterbreitet.

Die Sozialdemokratie wurzelt mit ihrem ganzen Bestande in der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie ist im wahren Sinne des Wortes ein Kind der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. In dem Maße, wie diese kapitalistische Entwicklung fortschreitet, wächst die Entwicklungsmöglichkeit der Partei als des sozialen Ausdrucks der durch den Kapitalismus geschaffenen proletarischen Schichten. Deswegen können einzelne Wahlmiserfolge die Sozialdemokratie nicht entmutigen, sondern sie werden vielmehr den Ansporn geben, ihre bisherige Haltung zu überprüfen und sie in Einklang zu bringen mit den Notwendigkeiten der Gegenwart und der Zukunft. Weder die bürgerlichen Parteien in ihrer Gesamtheit noch die Kommunisten haben einen besonderen Anseh, wegen des Wahlausfalls zu triumphieren. Nur die einen die durch den Ausnahmezustand geschaffenen besonderen Verhältnisse für ihre Propaganda aus, so leben die Kommunisten hauptsächlich von der außerordentlichen Not, in der sich gerade die Arbeiterschaft des industriellen Sachsens seit langem befindet. Wobei nicht verschwiegen zu werden braucht, daß die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie manche besonders radikal ge-

stimmten, einstmals sozialdemokratischen Wähler ins Lager der Kommunisten abgetrieben haben. Je mehr aber die Kommunisten gezwungen sein werden, in den Gemeinden praktische Politik zu treiben, wird ihre Unfähigkeit dazu auch den Wählern begreiflich werden. Insofern bedeutet der Wahlausfall keinen Abbruch, sondern den Beginn einer neuen Entwicklung.

Wenn unsere Parteigenossen in Sachsen in aller Gründlichkeit, aber auch in aller Objektivität die tieferen Ursachen des gestrigen Mißerfolges zu erforschen suchen, so werden sie zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß es in einem parlamentarisch regierten Lande für eine Partei nichts Schlimmeres geben kann als ein Schwanken in ihrer gesamtpolitischen Haltung. Nach dem Spaltungsparteitag von 1920 erlebte die frühere unabhängige Sozialdemokratie in Sachsen eine ähnliche Situation wie die jetzige. Aber vor einem Jahre, als die Vereinigte Partei zum ersten Male an den Landtagswahlen teilnahm, wurde die Scharte von damals ausgehoben und ein schöner Wahlerfolg erzielt. Genosse Dittmann hat an dieser Stelle mit Besorgnis darauf hingewiesen, daß die Lage aus dem sächsischen Parteitag in vielem erinnerte an diejenige vor dem erwähnten Spaltungsparteitag von Halle. Wenn die Partei aus diesen Dingen die richtige Lehre zieht und einen Neubau ihres inneren Gefüges erstrebt, so zweifeln wir nicht, daß die zukünftige Landtagswahl und auch die Reichstagswahl in Sachsen für sie ein wesentlich anderes Gesicht zeigen wird, als es die Gemeindewahlen vom gestrigen Sonntag aufweisen.

### Die Antwortnoten in Berlin.

Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Dr. Koediger, ist gestern Sonntag in Berlin eingetroffen. Der Geschäftsträger in Paris, v. Hoersch, der seine Abreise wegen leichter Erkrankung verschoben mußte, wird voraussichtlich am Dienstag früh in Berlin sein.

Die den Geschäftsträgern in Paris und Brüssel am Freitag überreichten Antworten auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember 1923 sind inzwischen durch Kurier in Berlin eingegangen.

### Die Sachverständigenberatung.

Heute Montag um 11 Uhr tritt das erste Sachverständigenkomitee zur Prüfung der deutschen Staatsschulden und der Stützung der Mark unter dem Vorsitz Barkhaus, des Präsidenten der Reparationskommission, zusammen. General Dawes-Amerika wird den Vorsitz des Komitees übernehmen.

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Sachverständigenauschuss der Reparationskommission ist heute mittag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Wie verlautet sind die amerikanischen Sachverständigen unter Zustimmung ihrer englischen Kollegen dafür eingetreten, daß möglichst zwei Sitzungen täglich abgehalten werden und es dürfte ein Beschluß in diesem Sinne schon in der Eröffnungssitzung gefaßt werden. Die Amerikaner sind der Ansicht, daß ein Monat genügen dürfte, um die Arbeiten des Ausschusses zum Abschluß zu bringen, während die übrigen Delegierten eher zu der Auffassung neigen, daß mehrere Monate notwendig sein werden. Es ist jedenfalls nicht zu erwarten, daß der Ausschuss tägliche Berichte herausgibt.

Der zweite Ausschuss, dem die Untersuchung der ins Ausland verschobenen deutschen Kapitalien übertragen ist, wird erst in der nächsten Woche zusammentreten.

### Das Kabinett Macdonalds.

#### Wie es aussehen würde.

London, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In unterrichteten Kreisen der Arbeiterpartei glaubt man, daß ein Kabinett Macdonald folgende Zusammensetzung haben werde: Vorsitz und Auswärtiges: Ramsay Macdonald; Schatzkanzler: Philipp Snowden; Arbeitsministerium: Sidney Webb; Post: Robert Ammon; Vorsteher der Eisenbahnen: Clynnes; Lordkanzler: Lord Parmoor; Unterricht: Lord Haldane; Minister für Indien: Trevelyan; Inneres: Henderson; Krieg: Thomas; Marine: Wedgwood; Hygiene: Margarette Bondfield; Bergwerke: Hartsorn; Handel: Frank Hodges.

In den Kreisen der Konservativen Partei wird neuerdings eine lebhaftere Propaganda für den Gedanken einer Koalition zwischen Liberalen und Konservativen betrieben, die die nunmehr als unvermeidlich angelehnte Arbeiterregierung paralysieren und so rasch als möglich zu Fall bringen soll.

London, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Angesichts der für morgen angelegten Thronrede, an die sich die entscheidende parlamentarische Debatte im Unterhaus anschließt, herrscht in den führenden politischen Kreisen Hochbetrieb. Für heute nachmittag hat Baldwin eine Ministerratssitzung einberufen, und er gibt am Abend eine große Gesellschaft, vermutlich die letzte unter seiner Ministerpräsidentschaft. Ebenso hat Ramsay Macdonald die Hauptführer der Arbeiterpartei zu heute abend zusammenberufen. Es wird angenommen, daß sich diese Konferenzen insbesondere mit der Möglichkeit eines Streiks der Lokomotivführer und Heizer beschäftigen wird.

### Börsenstille.

Am Effektenverkehr war die Tendenz bei Wochenbeginn wieder etwas schwächer, bei außerordentlich geringen Umsätzen. Es fehlen an der Börse die breiteren Käuferfraktionen. Die Spekulation vermag bei den jetzigen Geldlagen und der geringen Aussicht auf Kursgewinne keine größere Unternehmungslust zu betätigen. Durch die Geheimhaltung der französisch-belgischen Antwarzinaten ist in der außenpolitischen Lage keine rechte Klärung eingetreten, wodurch naturgemäß allerlei Kombinationen sowie Gerüchte erneut begünstigt werden. In der inneren Politik konzentriert sich das Interesse auf die sächsischen Wahlergebnisse. Auch diese vermögen aber für die künftigen Reichstagswahlen noch keinen klaren Fingerzeig zu geben. Mit einiger Genugtuung werden von der Börse die Nachrichten aus der Industrie, die zahlreichen Gewerben eine Besserung des Beschäftigungsgrades erkennen lassen, aufgenommen. Man glaubt jedoch nicht, daß die Wirtschaftskrise leicht überwunden werden wird, da einer härteren Belebung die andauernden Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung entgegenstehen.

Während die Börse im großen und ganzen lustlos blieb, entwickelte sich ein außerordentlich lebhaftes Geschäft am Bankmarkt, insbesondere wieder in Aktien der Dormitoren und Nationalbank. Wie verlautet, hat die Schwedenreise des Generaldirektors dieses Institutes bedeutsame internationale Beziehungen gefördert. Man spricht von der Gründung einer ausländischen Holding-Gesellschaft, an der englisches und skandinavisches Kapital beteiligt sein soll. Auch für die anderen Großbanken soll sich fremdes Kapital neuerdings stärker interessieren. Tägliches Geld war heute mit 1/4 Proz. zu haben.

Am Devisenverkehr wandte sich das besondere Interesse dem neuesten Frankenschuss und der sich wachsenden Haltung des englischen Pfundes an den Weltbörsen zu. Die amtlichen Kurse blieben jedoch größtenteils unverändert. Auch die Zuteilung erfolgte fast durchweg wieder voll. Am Effektenmarkt ergaben sich vorwiegend Abschwächungen.



## Illegalität.

Was man die „Rote Fahne“ in den Tagen vor dem Verbot und der Auflösung der kommunistischen Partei, dann konnte man den Eindruck gewinnen, als gäbe es auf der ganzen Welt nur eine ernsthaft zu beachtende politische Macht, die kommunistische Partei Deutschlands. Als das Verbot erfolgte, waren freilich die Kommunisten mäuschenstill. Ihre Auflösung erfolgte ohne jeden Widerstand, und niemand wird behaupten können, daß seit dem Verbot die Widerstandskraft der Kommunisten irgendwie gewachsen sei. Um so komischer klingt es, wenn in einem Organisationszirkular, das der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ veröffentlicht, die kommunistische Zentrale davon spricht, daß die Aufhebung des Verbotes der KPD. erzwungen werden würde. Wenn irgend jemand Aufhebung des Verbotes der KPD. nicht erzwingen wird, dann sind es die Kommunisten. Die Aufhebung dieses Verbotes wird an dem Tage kommen, an dem der Belagerungszustand fällt und die Aufhebung des Belagerungszustandes wird die Sozialdemokratie durchsetzen. Um so reichlicher werden dann die Kommunisten Gelegenheiten haben, auf die Sozialdemokratie deshalb zu schimpfen, weil sie ihnen wieder zu legaler Tätigkeit verholfen hat, die die Kommunisten der Sozialdemokratie in Rußland nicht etwa nur vorübergehend, sondern grundsätzlich verweigern.

In dem vom „Sozialdem. Parlamentsdienst“ mitgeteilten Organisationsplan ist weiter die Rede von Inszenierung von Schießereien und von Straßen Demonstrationen, mit denen allein „der Bürgerkrieg entfesselt“ werden könne. Es wird den Kommunisten nicht gelingen, den Bürgerkrieg zu entfesseln. Diesem Ziel ihrer Sehnsucht steht die Sozialdemokratie als zu starkes Hindernis entgegen. Trotz alledem bleibt dies ewige Spiel mit dem Feuer ein politisches Verbrechen, weil es nicht nur die Kommunisten, sondern die ganze Arbeiterschaft an der vollen Entfaltung ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen hindert, weil ein großer Teil der Energie der Arbeiterschaft durch die ständige Auseinandersetzung mit dieser Bürgerkriegsgefahr von links abgelenkt und die Arbeiterschaft dem Unternehmertum gegenüber dadurch geschwächt wird. Trotz alledem bleibt die Wiederkehr legaler Verhältnisse eine der wichtigsten Forderungen, die immer wieder erhoben werden muß. Die Arbeiterschaft hat in vergangenen Jahren gezeigt, daß sie kommunistische Forderungen abzuwehren kann, sie wird auch jetzt ihrer Herr werden.

Die Rückkehr zu normalen Verhältnissen wird im Gegenteil die Überwindung der kommunistischen Gefahr wesentlich erleichtern. Zeiten friedlicher Entwicklung, Rückkehr zu normalen Wirtschaftsverhältnissen sind für die Bürgerkriegsagitatoren tödlich. Auch deshalb sollte die Reichsregierung sich endlich entschließen, den überflüssig gewordenen Ausnahmezustand so schnell wie möglich zu befeitigen.

## Eine furchtbare Geschichte.

Aber doch nur ein Reinfall.

Die Rechtsprelle bis herunter zur volksparteilichen „Zeit“ stürzt sich mit Wonne auf folgende Schreckensnachricht der Telegraphenunion:

„In Oppeln ist der bei der dortigen Regierung bisher als Hilfsarbeiter beschäftigte Drisch am 15. Dezember 1923 zum Regierungsrat ernannt und der Aufstieg auch noch vor dem 1. Oktober d. J. zurückverlegt. Drisch hat es bei nächstjähriger Dienstreise nur zum Obermatrosen gebracht. Bei Ausbruch der Revolution wandte er sich der Sozialdemokratischen Partei zu. Drisch trat dann in die Redaktion einer sozialdemokratischen Zeitung ein. Vor etwa einem Jahre wurde Drisch Hilfsarbeiter bei der Regierung in Oppeln.“

Drisch ist 1889 geboren, also im Lebensalter jünger bzw. ebenso alt wie die meisten Oppelner Regierungsassessoren, die seit Jahren auf die Ernennung zum Regierungsrat warten. Es entsteht nun die Frage, welcher sachlich vor- und durchgebildete Regierungsassessor dafür abgebaut wird.

Die Tendenz dieser Neuernachricht ist klar und wird durch Ueberschriften wie „Die rote Futterrippe“ oder „Ein sozialdemo-

kratischer Krippenscher?“ noch unterstrichen. Weider übersteht die Hechpresse in ihrem Jagdeifer, daß besagter Drisch in Wirklichkeit Drisch heißt und daß er sich während der Kämpfe um Oberschlesien und in den darauffolgenden schwierigen Jahren, ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit, hervorragend betätigt hat. Damals übernahm ihn der weit auf dem rechten Flügel des Zentrums stehende Regierungspräsident Braumweiser in die Verwaltung, damals bereits wurde vorgelesen, ihn zum Regierungsrat zu ernennen. Da sich „Hilfsarbeiter“, Obermatrose a. D. und Sozialdemokrat Drisch auch weiter in der Verwaltung ausgezeichnet betätigte, hatten der gegenwärtige Oberpräsident und der Regierungspräsident, die beide nicht der Sozialdemokratischen Partei angehören, keinen Anlaß, die Dispositionen Braumweisers zu ändern und unter dem demokratischen Regierungspräsidenten Proskowitsch vollzog sich dann die Ernennung Drischs zum Regierungsrat. Vielleicht konstataieren die „Deutsche Zeitung“ und ihre Konfessionen nunmehr nachträglich, daß Drisch neben seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei auch noch einige andere Qualitäten hat.

## Die britische Pfalz-Untersuchung.

Poincaré hatte gestern Sonntagvormittag eine längere Unterredung mit dem englischen Botschafter in Paris, Crewe, die nach dem „Times“ in der Hauptsache auf die von der englischen Regierung beabsichtigte Enquete in der Pfalz Bezug hatte. Mit der Enquete ist der englische Konsul in München, Clive, betraut worden.

Frankreich scheint die Untersuchung, zu der Konsul Clive bereits in Speyer eingetroffen sein dürfte, doch dulden zu wollen. Darauf läßt eine Notiz im „Echo de Paris“ schließen, die besagt, daß ein französischer Beamter, nicht wie ursprünglich verlautete, ein Offizier, den Konsul bei seiner Reise durch die Rheinpfalz begleiten wird. Die französische Regierung bleibe jedoch nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß einzig und allein die Interalliierte Rheinlandkommission in der Lage sei, eine Untersuchung über die politische Lage in der Pfalz mit der Aussicht auf Erfolg in die Wege leiten dürfe. Im übrigen läßt die französische Regierung es aber, wie das „Echo de Paris“ weiter mitteilt, um dem Gefühl der Veröhnung nachzugehen, bei einem platonischen Protest bewenden.

Der Sonderberichterstatter der „Daily News“ in Speyer sieht in der Teilnahme des Generals de Meh an der Beerdigung des Heinz-Ordis einen weiteren Beweis der Tatsache, daß die separatistische Bewegung von den höheren französischen Vertretern in der Pfalz begünstigt wird. Die von der britischen Regierung für eine offizielle Untersuchung angegebenen Gründe seien also vollumfänglich berechtigt.

Nach der „Times“ ist das freundliche „Angebot“ einer Begleitung Clives durch einen französischen Offizier, dessen „Dienste“ dem Konsul zur Verfügung gestellt wurden, abgelehnt worden.

Die Franzosen haben nach Köln, also ins englische Besatzungsgebiet, eine Offiziermission zur Aufdeckung geheimer Gesellschaften geschickt. Die „Times“ verwahrt darauf, daß außer dem üblichen nicht offiziellen Spionagedienst bereits 20 bis 30 wichtige französische Beamte mit großen Stäben in Köln seien, die eifrig tätig seien, um die Ziele Frankreichs auf britischem Gebiet durchzuführen.

## Frankreich läßt den Konsul überwachen!

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In unterrichteten Pariser Kreisen verlautet, daß die französische Regierung die Entsendung des englischen Generalkonsuls in München nach Speyer damit beantwortete, daß sie einen höheren Offizier (oder Beamten) beauftragt hat, dem englischen Beamten auf seiner Reise durch die Pfalz zu folgen und bei allen Unterredungen Konsul Clives mit den Behörden der Pfalz anwesend zu sein. Der englisch-französische Gegensatz hat damit ausgesprochenen Konflikt-

charakter angenommen und man befürchtet, daß im Verlauf der Inspektionsreise Zwischenfälle unvermeidlich sein werden. Die französische Presse polemisiert aufs heftigste gegen die englische Politik. Sie spricht von einer gegen Frankreich gerichteten diplomatischen Offensive, deren Zweck es offenbar sei, einen Vorwand zu schaffen für die Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Rheinland und den Austritt Englands aus der Rheinlandkommission. In Wirklichkeit ist der englische Standpunkt unangreifbar. Er basiert auf der Auffassung, daß die Okkupationsmächte mit der Befehung des Rheinlandes das Mandat als Treuhänder übernommen hätten und verpflichtet seien, die besetzten Gebiete nach Ablauf der Okkupationsfrist in demselben Zustande zurückzugeben, in dem sie sie übernommen haben. Die englische Regierung hat deshalb gegen die von der Rheinlandkommission mit zwei gegen eine Stimme beschlossene Registrierung der erlassenen Verordnungen der Heinz-Regierung, was praktisch die Anerkennung dieser Regierung bedeutet, ihr Veto eingelegt, und sie hat, um zu verhindern, daß sie bei der zweiten Abstimmung abermals überstimmt werde, nunmehr den diplomatischen Weg beizutreten. Wenn demgegenüber die französische Regierung mit dem Argumente arbeitet, daß die Besatzungsmächte das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung zu respektieren hätten und eine Enquete auf Grund des Rheinlandabkommens nur durch die Interalliierte Kommission geführt werden könne, so ist das eine Kasuistik, die nicht einmal in den politischen Kreisen des eigenen Landes ernst genommen wird, seitdem das klagliche Ende der Abenteuer der Dorien, Matthis und Genossen keinen Zweifel gelassen hat, welcher Art die Persönlichkeiten und die Triebfedern sind, die hinter den Separatisten stehen.

## Bestattungsfeier für Heinz-Ordis.

Mannheim, 14. Januar. (WZ.) Gestern mittag 12 Uhr fand im Arcisloggats in Speyer die Bestattungsfeier für den erschossenen Separatistenführer Heinz-Ordis statt. Zu Beginn des Trauergottesdienstes spielte das Städtische Orchester das mitgebrachte daran teilnehmen mußte. Hierauf widmete der französische General de Meh dem Erschossenen einen Nachruf, in dem er hervorhob, er sei ein Freund Frankreichs gewesen. Nach dem französischen General hielten noch die separatistischen Bezirksmänner der Pfalz Gedächtnisreden und legten, wie auch dieser, Kränze an der Bahre nieder. Die Teilnehmerzahl betrug etwa 250 Personen. In den späten Abendstunden kam es in der Hauptstraße noch zu einer Schießerei. Schließlich zogen Separatistentrupps durch die Straße.

## Die Militärkontrolle.

Zur deutschen Note.

Paris, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wenn auch die juristische und moralische Berechtigung der von der deutschen Regierung der Interalliierten Militärkontrollkommission gemachten Mitteilungen, daß sie deren Tätigkeit, soweit sie sich auf Heer- und Marineeinrichtungen bezieht, nach dem Friedensvertrag als beendet ansehe, nicht zu bestreiten ist, so wird man sich doch fragen dürfen, ob der Zeitpunkt für einen solchen Schritt sehr günstig gewählt war. Wenn auch die vor kurzem eingeleiteten Verhandlungen über einen Modus vivendi in den besetzten Gebieten nach der französisch-belgischen Antwort sichtlich als beendet angesehen werden können, so ist doch andererseits die gesamte Situation so, daß die Einleitung einer neuen Aussprache zur Vereinigung der gegenwärtigen für beide Teile unhaltbaren Lage nur eine Frage von Wochen sein kann. Es kann deshalb als tödlich nicht sehr klug bezeichnet werden, wenn die deutsche Regierung gerade in diesem Augenblick nicht nur Herrn Poincaré eine neue Waffe in die Hand gibt zur Verteidigung der französischen Sicherheitsforderungen, sondern auch in übrigen Zuständen den Eindruck auskommen läßt, als ob man in Deutschland die Tätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommission zu scheuen habe. Es ist zu befürchten, daß man in Frankreich sehr geschickt Kapital daraus zu schlagen wissen wird. Die Volkshastenerkonferenz wird in den nächsten Tagen zu der Mittelung der deutschen Regierung Stellung nehmen.

## Die exproprierte Pointe.

Von Josef Maria Grant.

Die Geschichte spielt natürlich in Bayern, zwischen München und dem Gebirge, in einem — na, sagen wir — Bürgerbräu.

Wahlversammlung. Zur Hälfte Spieler, zur anderen Proletariat. Oben auf der Rednertribüne — schwarz berodt und mit der obigen Brille auf der rötlich angehauchten, schweißbeperiten Nase Ehrwürden d' Herr Dechant. Mit Gott und Kahr im Kampf für die heiligste boarische Volkspartei. Im sprudelnden Ringen mit dem Satanswert, dem satrisch verführten Marxismus der Saupreihen. Wie ein Rindbock bestodert von dem Vampenschein, der ab und zu speckglänzende Stellen im geistlichen Gewand und die prällen Vorsdorfer Apfelbäcker des Redners angenehm hervortreten läßt. Vor dem Herrn Redner ein Maßkrug, der die Kunst- und Atempausen im Vortrag ausfüllt und des Hieren von einer stets im richtigen Moment auslaufenden Hand fortgenommen und wieder hingestellt wird.

Der Herr Redner ergeht sich wie folgt im Sündenpfuhl des Marxismus. Beschwört Schweiß und Feuer über das Sündenbabel Berlin. Traktiert seine atomlosen Zuhörer mit ausgewählten Beispielen der saupreihischen Sittenerrohung und unchristlichen Verhöhnung des angekommenen Herrscherhauses und geistlichen Standes. Erzählt Dinge, Dinge... „Wie der Miesbacher Anzeiger mitteilt, kam da heroben bei der Preußen... usw.“ Sachen erzählt er aus Berliner Anzuchstüben, wo die Satansweiber nachts tanzen und auf nachdem hinteren zum vollständigen Ergehen der dem Satan und der Hölle verfallenen Marxisten, „wo so mit ihrer ausschweifenden freien Liebe herumpropagieren gehn“, daß denen Verworfenen die Augen vorn herüber sollen. Und was nachher passieren läßt, o mei, o mei! Dirndeln seien darunter von nach nicht vierzehn Jahren, unschuldige Dirndeln, denen man die Haar abgeschnitten hätte wie Hanswurschen, die hier schuldig würden. Der reinste beheimische Mordmord, o mei, o mei!

Und die Herren Kollegen am Vorstandstisch ringen mit den Händen und schreien die Apfelbäcker über die kleinen Keugelschen, daß sie tränen, und die liebe Gemeinde da unten läßt einige alte Weiber einsteigen „Jesamarianandjosef“ zwischenrufen. Was der Herr Redner beschließt konstatiert und mit Heben des Maßkruges bestätigt.

Worauf der Herr Redner sich dem Ende seines Vortrages nähert. „So, das Ende der Welt ist nahe und der Antichrist wandelt unter den unschuldigen Schäflein im Gewande des Schafpelzes. Aber was dahinter steckt ist an Wolf und nennt sich an Marrikt!“ Ja, und in seiner lieben Gemeinde gäbe es auch schon so eine Menge angefangener Schafe, die wo auch schon halb den Marxisten in die Hände gefallen seien. Ja! Und was an allem schuld sei, das sei der Mangel an christlicher Ueberzeugung und der Trieb zur Faulheit, wo die räudigen

Schafe verführe und zum Marxismus treibe! „O liebe Gemeinde, da tut sich eine Hölle auf, wo die Schafe zu elendigen Haderklumpen werden, die nig mehr von dem Segen der Arbeit und der Geduld christlichen Lebens im Hinblick auf die göttliche Belohnung im Paradies da heroben wissen wollen und im Umgang mit drecksichten, dem Satan verfallenen Weibspersonen, wo wir auch schon einige in unserer lieben Gemeinde als Steine des Anstoßes aller guten Christen leider besitzen, sich dem Teufel verschreiben mit Haut und Haaren zum Schaden der Christenheit und unseres schönen boarischen Heimlandes. Ja, der Mangel an christlicher Ueberzeugung ist's! Und darum, liebe Gemeinde, sage ich euch auf den Heimweg die Worte, die herrlichen Worte eines zwar nicht bayerischen, aber doch deutschen Dichters mit Namen Goethe, auf daß ihr in euch geht und nur die boarische Volkspartei wählt und mit denen ich schließen will:

„Wer nie sein Brot mit Tränen aß,  
Wer nie die kummervollen Nächte  
Auf seinem Bette weinend saß,  
Der —“

hier hob der Herr Redner beschwörend seine Hände gen Himmel und die Rechte um der Kunstpause willen mit dem Maßkrug zum Munde, — als aus der Mitte des Saales eine herrliche Volkstimme erklang: — „der wo aß an Schaf!“

Worauf in schallender Heiterkeit der ganze schon so sichere Erfolg der „boarischen Volkspartei“ wie die exproprierte Pointe dahinterentschwand. Und der Herr Dechant war nun fest davon überzeugt, daß ein Marrikt noch vor dem Antichrist direkt hinter dem Teufel kommen oder gar alles in einer Person selber sei! Denn — die Marxisten hätten in seiner lieben Gemeinde einen einschledenen Erfolg zu buchen. Somas kommt nun somas...!

## Strawinsky in der Volksbühne.

Wieder einmal hat die Volksbühne kulturell Wertvolles geleistet, indem sie das Experiment mit Strawinskys „Geschichte vom Soldaten“ wagte. Scherzen ist der Vater dieses ruhmvollen Gedankens gewesen, und man darf ihm gratulieren, daß die Darbietung ebenso künstlerisch gewissenhaft vorbereitet war, wie einbruchslos gestaltet. Ueber den Inhalt dieses Stückes sind unsere Leser orientiert. („Vorwärts“ 11. Januar.) Es ist das Märchen vom heimkehrenden Heilsohnen, der dem Teufel ins Garn geht. Auf einer primitiven Bühne stehen und bewegen sich die Mimen, rechts liest ein Vorleser den verbindenden Text, links sitzen hemsärmelich, wie zu einer russischen Volksbelustigung zusammengetrommelt, die Musikanten. Der Sprecher (Ober) drückt mimisch und in Gesten das Sockenleben des gefesserten Soldaten Josef aus. So stark, daß er dem Spieler Witte, der auf der Bühne steht, zu ahnen scheint. Von den Akteuren, auch Legat, dem Teufel, ging eine wirklich lebendige, menschenerschütternde Kraft aus. Man geriet in ein Mitleiden besonderer Art und erlebte ein Stück Schicksal, das uns in der Erinnerung an Böse und Götter,

Proffen, Darben und Entbehren, jeden Augenblick an das Weh und das Ginst mahnte.

Zu Refer poetischen Vorleser des Schweizer Kamus bei Strawinsky die Musik geschrieben. Unser Standpunkt diesem Meister des melodischen Rhythmus gegenüber ist längst dargestellt worden bei Gelegenheit der Aufführung von „Sacra de printemps“. In der „Geschichte vom Soldaten“ fängt es ähnlich an. Des Subjektines in Urlaub Gehenden ist in einem festen Durchschneiden der Instrumente, in einem Wirbel und Wirrwort des Klanges chorale, rithisch herausgelungen. Bewegung ist in Musik gesetzt, Rüst ist Wack, Vorwärtschreiten, Springen, ist Tanz geworden. Diese menschliche Ausgelassenheit sprengt psychologisch und musikalisch alle Bindungen harmonischer oder melodischer Gemessenheit. Wo sich dieser Tonmel wiederholt, und auch wo die Königstochter zu tanzen beginnt, da ist die Musik mit dem Vorgang eng und zu innerst vermachsen. Aber Josef, der Soldat, hat auch ein Herz, hat Seele und Gemüt. Die Weine allein, auch nach so gewohnt, stramm zu stehen oder auszusprechen, versinnbildlichen ihn nur halb. Hier aber war Primitivität und Einsatz des höchsten Gebot für den musikalischen Illustrator. Wo die Trauer und die Sehnsucht, wo des Gefühl des Lebensammers hochschlagen soll, das gleitet die aus Prinzip schritte, bissonierende Musik an uns ab. In einem chorale gedachten Stücken ist der Respekt vor der Heiligkeit des Todes fast verloren, und in Wiederholungen pathetischer Klangreihen schwindet auch das sensationell Neue, das allen Strawinskyschen Possionen anhaftet. So blieb der Eindruck gerade der Musik, so sehr sie sich mühte, dem Vorgang sich anzupassen, strakenhaft leer und unbefriedigend. Hervorragende Frankfurter Musiker spielten. Man sollte den Versuch wiederholen; vielleicht ist hier ein Weg der Zukunft angedeutet, auf dem auch in Deutschland die aussterbende Generation der Opernkomponisten und Dramatiker wieder frischen Atem gewinnen könnte.

Kurt Singer.

Ernst Schweininger, der einst vielgenannte „Opibarzt“ Bismarks und früherer Leiter des Riederfelder Kreis-Krankenhaus, ist im Alter von 73 Jahren gestern in München gestorben. Seine durch Wismar gegen den Willen der Fakultät durchgeführte Ernennung zum Professor an der Berliner Universität hat ihm zeitlich vielen Staub aufgewirbelt.

Vorfrage. Am 14. und 16. Januar, mittags von 12-1 Uhr, hält in der alten Aula der Universität Prof. Siegmund aus München den Vortragszyklus: „Das Nationalitätenproblem in Europa.“ — Pöbla Siederer liest über: „Dehonomat als entzündlichen Schulreformer“ am Sonntag, 11. Januar, 8 Uhr, in den öffentlichen Vorlesungen Hochschulen in Wiener-Stemmen-Realgymnasium, Dornbachgasse.

Vorfrage über Kunst. Am 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, wird im großen Auditorium der Urania Prof. Leitzhauer vom kaiserlichen technischen Reichsanstalt über die Entwicklung der Empfindungsorgane und über die Organisation des deutschen Rundfunks unter Berücksichtigung der Eigenschaften der Elektroenergie und von Gerichten mit drahtlosen Sendern sprechen. — Am Montag am 14. abends 7 1/2 Uhr, hält der Physiker Wilhelm Gaud in Seeböschungsaal einen allgemeinverständlichen Experimentvortrag über die letzten Zustände der drahtlosen Telephonie.



# Thüringen und das Reich.

## Verzicht auf Reichskommissar und Exekutive.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet: Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der thüringischen Staatsregierung sind nunmehr endgültig zum Abschluss gelangt. Das Reich verzichtet endgültig auf die Entsendung eines Reichskommissars sowie auf die übrigen geplanten Exekutivmaßnahmen. Dagegen ist die thüringische Regierung gewisse erträgliche Verpflichtungen eingegangen. Sowohl die Reichsregierung wie die thüringische Staatsregierung werden die gegenseitigen Vereinbarungen im Laufe des Montag der Öffentlichkeit übergeben.

## Bezirksparteitag in Thüringen.

Weimar, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der ordentliche Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Thüringens, der am Sonntag zusammentrat, gab ein Bild von Einmütigkeit und Geschlossenheit. Der Parteitag sprach zunächst dem verhassten Innenminister, Genossen Herrmann, das Vertrauen aus. In einer weiteren Entschliessung wird schärfster Protest gegen den Ausnahmezustand erhoben und der Abzug der Reichswehr aus Thüringen gefordert. Von der Reichstagsfraktion wird erwartet, daß sie den sofortigen Zusammentritt des Reichstags vorantreibt und sich bemüht, durch eine Entschliessung des Reichspräsidenten den Ausnahmezustand aufheben zu lassen. Außerdem forderte der Parteitag schärfste Opposition gegen die Regierung Morg-Strömann, Sicherung der Republik, Fortsetzung des Kampfes um den Achtstundentag, eine sozialistische Preispolitik und Böhme bzw. Gehälter, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen, ferner eine Berufsbildungspolitik. Ueber die Landtagswahlen errierte Genosse Brill, über die Reichspolitik Genosse Breitscheid. Reichsreferate wurden ohne Aussprache entgegengenommen. Auch die Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl erfolgte in scharfer Einmütigkeit.

## Schühlinger-Vorträge bleiben verboten.

Seit Verhängung des Ausnahmezustandes sind von den Bezirkskommandeuren sämtliche geplanten Vorträge des Polizeioberst Schühlinger-Dresden verboten worden. Die Ortsgruppe Bremen des Deutschen Republikanischen Reichsbundes richtete nun eine Beschwerde an den Inhaber der vorkriegshenden Gewalt, um die Gründe zu erfahren. Hierauf erhielt sie vom General a. S. d. R. folgende Antwort:

„Sie läugnen eine Schühlinger-Versammlung“ an. Der Name Schühlinger bedeutet ein Programm; ich brauche in dieser Hinsicht nur auf die wohl auch Ihnen nicht unbekanntem Artikel des Herrn Schühlinger über Nachkriegsverhältnisse, Kampfmethoden und sonstige Einzelheiten des Bürgerkrieges hinzuweisen, die mit schweren, völlig holländischen Angriffen gegen die verfassungsmäßige Bewaltigung des Reiches verbunden waren und in einer Zeit erschienen, die für eine Erörterung derartiger Fragen besonders ungeeignet war. Im übrigen wird das Verbot aufrechterhalten.“

Wiso weil Schühlinger fünf Minuten vor Zwölf, als der „Hilfer-Ludendorff-Busch“ bereits zum Greifen vor uns stand, die Arbeiterklasse zur Besonnenheit mahnte, den Wert von unbewiesenen Kompromissen auf das nötige Maß herabsetze, das Gemüth der Büttelgelehrten durch psychologische und militärisch-mathematische Einreden in das Wehr- und Polizeiproblem zu zerstreuen suchte — deswegen wird er nicht mundtot gemacht. Worum wird Schühlinger nicht einfach wegen „Beleidigung der Wehrmacht“ verhaftet?

## Blutiger Sonntag in Hamburg.

### Liebkechtfeier der Kommunisten.

Hamburg, 14. Januar. (W.B.) Die Kommunistische Partei hatte für den heutigen Tag eine Liebkecht-Feier geplant, die am Revolutionsdenkmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof stattfinden sollte. Der Kommunistenführer Urbahn, der im Verdacht steht, die Novemberunruhen in Hamburg geleitet zu haben, hielt zur Feier des Tages an die Menge eine Ansprache. Als er den Friedhof verließ, wurde er verhaftet. Die Polizei, die von der Menge bedrängt wurde, machte von der Schusswaffe Gebrauch. Eine Person wurde erschossen, zwei verwundet.

## Die Kleine Entente.

### Ausliche Berichte.

Belgrad, 14. Januar. (W.B.) Ueber die am Sonntagabend zu Ende geübte Konferenz der Kleinen Entente wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: Die letzte Sitzung der Vertreter der Kleinen Entente fand heute um 10 Uhr im Ministerium des Aeußeren statt. Die Herren Benesch, Duca und Rintischich haben die Besprechung der Frage der ungarischen Anleihe fortgesetzt. Nachdem sie die diesbezüglichen Beschlüsse auf ihre Vollständigkeit überprüft hatten, sind sie über die Entscheidungen übereingekommen, die nach der Befreiung der bestehenden Schwierigkeiten notwendig sind.

Tag, 14. Januar. (W.B.) Das Tschechoslowakische Streikbureau meldet aus Belgrad über die Richtlinien, auf die sich die Konferenz der Kleinen Entente bezüglich ihres Vorgehens in der russischen Frage grundsätzlich geeinigt habe, es könnten auf Grund authentischer Informationen folgende zwei Punkte festgestellt werden: Die Regierungen der Kleinen Entente seien sich darin einig, abzuwarten, welchen Standpunkt in dieser Frage Italien und England einnehmen würden; sie behielten sich vollkommene Handlungsfreiheit vor, damit sie entsprechend den neuen Umständen und der allgemeinen Lage ihren besonderen Standpunkt bestimmen könnten. Rumänien werde seine bisherigen Verhandlungen an fortsetzen, da es mit Russland einige besondere Fragen zu regeln habe. Alle Nachrichten über Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern der Kleinen Entente oder zwischen Mitgliedern der jugoslawischen Regierung, insbesondere zwischen dem Ministerpräsidenten Vojtschich und den übrigen Ministern, entbehrten jeder Grundlage.

Die beteiligten Außenminister haben beschlossen, daß die nächste Zusammenkunft der Vertreter der Kleinen Entente im Juni oder Juli stattfinden soll. Die drei Minister werden noch vor ihrer Abreise in Verhandlungen von Minister zu Minister die zwischen ihren Staaten noch schwebenden Fragen regeln.

## Die Danziger Regierungsbildung.

Danzig, 14. Januar. (W.B.) Die Zerstückelung der bürgerlichen Parteien hat, trotzdem die allgemeine Zusammensetzung des Parlaments dieselbe geblieben ist, die Regierungsbildung doch so erschwert, daß die Lage noch gänzlich ungeklärt ist. Hauptächlich handelt es sich um die Person des Senators Demelowski, auf den die sehr zusammenschmelzende Partei für Fortschritt und Wirtschalt nicht verzichten will, der eben von den Deutschnationalen abgerufen wird, da sie sich in der Wahlsituation zu sehr gegen ihn festgelegt haben. Gestern sprach man von einem Winderbeisbach aus Deutschnationalen, Zentrum und liberaler Fraktion, die 88 Sitze von 120 innehaben. Doch ist das Bild heute schon wieder ein anderes, da man in diesem Falle mit Sicherheit einen Austritt der Gruppe der U.P.L. (Angestellte, Beamte und Arbeiter) voraussetzen kann.

# Wann wird Berlin schneefrei sein?

Das überraschend schnell eingetretene Tauwetter, das sich inzwischen wieder in Frost gewandelt hat, stelle die städtische Straßenreinigung vor Aufgaben, deren Beilegung ihr trotz aller Vorbereitungen nicht ganz leicht wird. Vormweg sei bemerkt, daß sich Groß-Berlin die Reinigung der Straßen, Plätze und Brücken keineswegs zentral erledigt, sondern den einzelnen Bezirken obliegt, während das sogenannte Alt-Berlin, d. h. die Bezirke 1 bis 6, sich zurzeit glücklicherweise noch unter einheitlicher Leitung befinden, wiewohl auch dies sich demnächst ändern soll. Der Befreiung der Straßen Alt-Berlins von Schnee und Eis stellen sich aus dem Grunde besondere Hindernisse entgegen, weil es die Stadt- oder Alt-Berlins jederzeit veräumt haben, in richtiger kommunaler Vorsorge sich einen Fuhrpark mit eigenen Pferden oder gar eigenen Automobilen zu beschaffen. Neudölln ist in der glücklichen Lage, einen Fuhrpark mit eigenen Pferden zu haben und Schöneberg, dessen kommunale Einrichtungen bereits vor dem Kriege eine besondere Höhe aufwiesen, kann seinen Schnee sogar mit Automobilen abfahren lassen. Alt-Berlin hingegen ist auf die Anwerbung von Lohnfuhrwerk angewiesen, das heutzutage keineswegs billig zu beschaffen ist. Man gelangt deshalb bei der Betrachtung der Verhältnisse sehr bald zu der Ueberzeugung, daß auch die Befreiung des Schnees nichts weiter ist, als ein Stück der großen kommunalen Finanzfrage. Wäre Berlin in der angenehmen Lage wie vor dem Kriege, so könnte es große Scharen sich anbietender Arbeitstoler annehmen, sie während der Schneeperiode behalten und entsprechend entlohnen.

## Die Arbeitslosen als Rohhelfer.

Berlin ist heute darauf angewiesen, sich der Arbeitslosen als Rohhelfer zu bedienen und so arbeitswillig diese Leute auch sein mögen, so darf doch nicht verkannt werden, daß sie sich in einem so unterernährten Zustand befinden, daß es ihnen in den wenigsten Fällen möglich ist, die mit erheblichen Anstrengungen verbundene Arbeit des Schneeschleppens selbst bei geringer Dauer auszuführen. Hinzu kommt, daß die Arbeitslosen in den wenigsten Fällen ordentliches Schuhwerk haben und daß keinem Menschen zuemutet werden kann, Stundenlang mit dem Frühmetel dem eisigen Schneewasser herumzuwatschen. Es sind deshalb bereits Fälle vorgekommen, daß Arbeitslose, die diese Arbeit verrichten wollten und auch willens waren sie auszuführen, sie aus diesen Gründen in der Tat nicht ausführen konnten und erklärten, lieber auf die Arbeitslosenunterstützung ganz zu verzichten. Wenn man die Verhältnisse richtig betrachtet, kann man nicht anders als die Klagen der Arbeitslosen für berechtigt zu erklären. Etwas anderes wäre es, wenn die Arbeitslosen Aussicht auf längere Beschäftigung bei Anrechnung der Unterstützung hätten. Heute sollen sie so laune arbeiten, bis sie ihre Unterhaltung „abgearbeitet“ haben und werden dann durch andere ersetzt. Es ist klar, daß mit einer solchen widrigen der Stadt aufgedrungenen Arbeitsweise weder der Stadt noch dem Bürger noch etwa gar den Arbeitslosen geholfen ist und ein Gang durch die Straßen beweist, daß die städtischen Reinigungsstellen mit Ausbietung aller physischen Kräfte und mit Unterstützung eben dieser Arbeitslosen am Werk sind, aber daß ihrer doch eben viel zu wenig sind.

## Die Abfuhr.

Januarhin ist recht viel erreicht worden. Die Straßenräumung ist freigegeben worden, so daß sich der Wagenverkehr abwickeln konnte. Die an den Bordsteinkanten aufgestellten Schneehaufen sind und bleiben in der Tat außerordentlich hinderlich, aber ihre schnelle Abfuhr mittels Wagen wird durch zwei Umstände verhindert. Einmal durch die schon erwähnte Tatsache, daß das alle freisinnbürgerlich regierte Berlin es verabsäumt hat, sich eigenes Fuhrwerk zuzulegen und daß nun, was übrigens demnach im Wahljahr der verfügbaren geringen Mittel geschieht, verhältnismäßig teures Lohnfuhrwerk angenommen werden muß. Und zweitens durch den Umstand, daß die wasserpolizeilichen Behörden der Stadt verboten haben, innerhalb des Bezirks-

## Die Juwelenvilla in Bad Berka.

### Auf der Spur internationaler Einbrecher.

Große Summeneinbrüche, bei denen den Tätern unvermehliche Werte in die Hände fielen, wurden in ungewöhnlich kurzer Zeit hintereinander in Holland, der Schweiz, in England und anderen Ländern verübt. In London war die Beute in einem einzigen Falle so groß, daß für die Ermittlung der Täter und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes 10 000 Pfund Bezahlung ausgezahlt wurden.

Während die Polizeibehörden aller Länder in gemeinsamer Arbeit sich um die Aufklärung bemühten, wurde am 15. November vorigen Jahres in Belgien ein Einbrecher auf freier Tat erwischt und nach einer längeren Verfolgung über Mauer und Häuser hinweg erschossen. Erst später gelang es, ihn als einen 30 Jahre alten Rumänen Kurt Brachmann aus Berka bei Weimar festzustellen. Dieser Mann war während des Weltkrieges in Nordamerika in Fort Douglas im Staate Utah als Deutscher unter dem Namen Henry Glome interniert. Nach Deutschland zurückgekehrt, war er zunächst Mühlenseliger, verkaufte dann sein Besitztum, verheiratete sich und erwarb in Bad Berka eine Villa, die er selbst bewohnte. Bei ihm wohnte ein ebenso alter, aus Stotterheim gebürtiger Landwirt Friß Hausmann. Als nun Kriminalbeamte die Villa durchsuchten, fanden sie wohl eine Menge Juwelen aller Art aus den verschiedensten Eirändern. Hausmann aber war verschwunden. Er wurde nach einiger Zeit in Weimar festgenommen. Sehr ist er in Berlin in Haft. Er gibt zu, mit Brachmann diese Reisen gemacht zu haben, behauptet aber, daß er lediglich kein „Gefäßhelfer“ gewesen sei, und von seinen Einbrüchen nichts gewußt habe, obwohl auch bei ihm Juwelen aus verschiedenen Eirändern gefunden wurden. Festgestellt wurde, daß beide am 18. August vorigen Jahres mit Wägen versehen über Holland nach England abreisten. In der Nacht zum 26. August wurde der Rumänenbruch in London verübt. Brachmann und Hausmann, die im Sankt-Georg-Hotel in London gewohnt hatten und die ziemlich mittellos abgereist waren, lehrten mit Juwelen, etlichen Pfunden und Goldstücken nach Berka zurück. Nach einer Reihe von weiteren Einbrüchen wurde dann Brachmann in Belgien erschossen. Daß er allein alle diese Einbrüche verübt habe, ist höchst unwahrscheinlich. Vermutlich gehörte er zu einer internationalen Bande, die auch noch in anderen Städten und Ländern „gearbeitet“ hat. Mittelungen zur weiteren Aufklärung, insbesondere auch über die Verhaftung, den Aufenthalt und den Verkehr Hausmanns, der einmweilen noch in Berliner Gewahrsam bleibt, nimmt Kriminalkommissar Treitin in Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Stromdiebstähle.

Die Berliner Städtische Elektrizitätswerke A.G. teil mit, daß trotz der von ihr wiederholt an ihre Abnehmer ergangenen Warnungen die Stromdiebstähle nicht nur keine Verminderung erfahren, sondern in außerordentlichem Umfang zugenommen haben. Die Werke machen darauf aufmerksam, daß sie bei Entdeckung derartiger Stromdiebstähle gegen den Schuldigen mit aller Schärfe vorgehen, insbesondere die Stromlieferung an den Betroffenen endgültig einstellen, außerdem Strafzinsen wegen Diebstahls erheben und von ihrem Recht auf Erhebung einer Konsumationsstrafe Gebrauch machen werden. Eine unbedingte Strom-

der beiden Spreeschleusen, d. h. der Mühlendamm- und der Schloßfreiheitsschleuse Schnee in die Spree zu schütten, weil die Behörde befürchtet, daß der auf den Schollen an die Schleusen herangeschleppte Schnee die Schleusen verstopft. Die Schleusen liegen nun gerade mitten in Berlin und die Bogen sind deshalb genötigt, bis zur Jannowbrücke zu fahren, von wo ab ihnen die Spree erst zur Verfügung steht. Früher hatte man den Schnee auch in die Entwässerungsanstalt geschüttelt. Dieses Mittel wühlt man jetzt gar nicht oder nur sehr selten, weil die Schneehaufen beträchtliche Schmutzteile aufweisen, diese in den Kanälen zu Boden sinken, sie verstopfen und dadurch mühsame und kostspielige Reinigungsarbeiten verursachen. Aus diesem Wenigen geht schon hervor, daß es bei der großen Finanzlemme der Stadt Berlin unmöglich ist und bleibt, die Straßen nach jedem größeren Schneefall so schnell und so gründlich zu reinigen, wie es vor dem Kriege der Fall war, denn das teuerste Schneehäufchen vor dem Kriege hat der Stadt 1.6 Millionen gekostet, ein Betrag, an den heute überhaupt nicht zu denken ist. Der beste Helfer wäre ein tüchtiger nördlicher Strippentragen, der den Schnee aus Straßen und Bürgersteigen schnell auslösen würde. Damit aber soll nicht vorweggenommen werden, daß das teilweise Verlegen der Bürgersteige — die Reinigung ist durch Drückeseh von 1. April 1912 allen Haus- und Grundbesitzern für ganz Groß-Berlin zur Pflicht gemacht worden — einen unerkennbaren Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl und Gemeingeist bekundet.

Die Verwaltung tut was sie kann und für das, was sie beim besten Willen ohne vorhandene Mittel nicht leisten kann, muß sie sich auf die Mithilfe des Betters, besonders aber der Sonne, verlassen, die ja eines Tages bestimmt das letzte Restchen Schnee gelüht haben wird. Bis dahin wird vielleicht noch mancher Tag vergehen.

## Opfer der Glätte.

Ein Angestellter der Firma Gilm & Co. war vormittags gegen 11 1/2 Uhr mit der Schneebeseitigung vom Tache des Hauses Leipziger Straße 53, Ecke der Friedrichstraße, beschäftigt. Dabei rutschte er ab und wäre unfehlbar in die Tiefe gestürzt, wenn er sich nicht gegenseitig am Dachstuhl des 4. Stockes festgehalten hätte. Hausbewohner riefen scheinunglos die Feuerwehr herbei, die den Halberstärter aus seiner gefährlichen Lage befreite. — Vor dem Hause Gräberstraße 80 stürzte infolge der Glätte die 48 Jahre alte Witwe Martha Bilewski aus der Mariannenstraße 35 zu Boden und trug eine Gehirnerschütterung davon, die ihre Ueberführung nach dem Urbankrankenhaus notwendig machte. — Der 53 Jahre alte Franz Reich aus der Solmsstraße 30 fiel vor dem Hause Bärwalddstraße 56 infolge der Schneeglätte hin und erlitt einen Oberschenkelbruch. Er wurde ebenfalls nach dem Urbankrankenhaus transportiert. — Einen ähnlichen Unfall erlitt die 36 Jahre alte Frau Marie Rah aus der Grünhaldenstraße 9. Sie fiel in derselben Straße vor dem Hause Nr. 3 zu Fall und zog sich einen Bruch des rechten Unterschenkels zu. Man schaffte sie nach dem Virchow-Krankenhaus. — Einen Bruch des linken Fußknöchels erlitt die 27 Jahre alte Frau Anna Reumann aus Richterstraße, als sie vor dem Hause Parkstraße 78 auslief. Sie fand im Urbankrankenhaus Aufnahme. — Nach demselben Krankenhaus wurde die 18jährige Helene Hausball aus der Gartenstraße 53 geschafft. Sie war vor dem Hause Diefenbachstraße 29 gestürzt und hatte einen Bruch des rechten Oberarms davongetragen. — Infolge der herrschenden Glätte verunfallte nachmittags die 56 Jahre alte Frau Eise Hoppe aus der Sehter Straße 33. Mit einem Bruch des rechten Unterarmes wurde sie nach der nächsten Rettungsstelle geschafft, wo sie den ersten Verband erhielt.

Insgesamt sind in den Stationen des Berliner Rettungssameres seit gestern abend über 300 Personen behandelt worden, die infolge der Glätte zu Schaden gekommen sind. Insbesondere muß darauf hingewiesen werden, daß gerade auf den Plätzen und Straßenstellen, für die der Magistrat verantwortlich ist, eine geradezu lebensgefährliche Glätte herrscht. Wenn man — und das mit Recht — die Hausbesitzer veranlaßt, vor ihrem Hause die Glätte zu beseitigen, so gilt diese Verpflichtung auch für die öffentlichen Plätze.

einahme liegt auch dann vor, wenn die Anlage vor der Inbetriebnahme durch die Werke von dritter Seite, insbesondere von Installateuren eingeschaltet wird, sei es auch nur zum Zwecke der Ausprobierung der elektrischen Anlage. Die Werke weisen ausdrücklich darauf hin, daß sie in Zukunft eine verschärfte Kontrolle durch ihre mit Ausweis versehenen Organe vornehmen und warnen nochmals ausdrücklich vor unberechtigter Stromentnahme.

## Eine polizeiliche Warnung.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Wie der politischen Polizei bekannt geworden, planen die Kommunisten aus Anlaß des Todesjahres von Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg für Dienstag, den 15. Januar, Straßenkundgebungen in Berlin. Vor Teilnahme an derartigen, gesetzlich verbotenen Kundgebungen wird dringend gewarnt, da gegen etwelche Demonstrationen mit allen polizeilichen Mitteln vorgegangen wird.

Durch ein Feuergefecht wurden die Bewohner der Jfenburger Straße, Ecke Kaiserin-Augusta-Allee, erschreckt. Ein Schuppelknecht trat morgens um 4 Uhr zwei Männer, die in ein an genannter Ecke liegendes Zigarrengeschäft eingedrungen hatten. Einer der Einbrecher sprang sofort dem Beamten entgegen, hielt ihm die Pistole vor die Brust und forderte ihn auf, sofort seine Waffen abzugeben. Als der Beamte selbst zur Waffe griff, gab er auf ihn einen Schuß ab, der glücklicherweise fehlging. Der Schuppelknecht erwiderte das Feuer. Die Verbrechen sichtlich und verurlichen ihren Verfolger durch Schüsse abzuhalten. Wühlich erhielt der Beamte aus der Kaiserin-Augusta-Allee ebenfalls Feuer. Hier tauchten plötzlich Männer auf, die den Verfolger aufhalten wollten. Die weitere Verfolgung verlief ergebnislos. Einer der Einbrecher ist sicher angeschossen. Im Ganzen wurden ungefähr 20 Schüsse geschickt. Die Beute hatten die Diebe zurückgelassen.

Reichstagsabgeordneter Gen. Emil Felden tricht am Mittwoch, 16. Jan., abends 7 1/2 Uhr, bei freiem Eintritt in Reudölln, Ostfahr. 911 (ar. Saal) im Fremde teilhabter Egnalissen über das Thema: „Mein Kampf gegen Dr. Hoboyz, Liberalen und Freidenker.“

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Jungsozialisten! Der Kurus für rhythmische Belastung fällt heute aus.

Trotz mehrfacher Erinnerung fehlen leider noch immer die Abrechnungen des III. Quartals von 55 Abteilungen. Die betreffenden Kassierer werden deshalb hierdurch nochmals ersucht, sofort abzurechnen, eventuell auch ohne einige kleine noch ausstehende Unterbezirke. S. U. Alex Pagels.

- 1. Kreis Weidling. Kreis. Montag, abends 7 Uhr, im Kreisverbanden-Sitzungslokal des Reichsbundes. Schlichter, Fr. Volkswirtschaft der Arbeiterbewegung, Arbeiterkammern und der kommunalen Kommunalen Referent: Stadtrat Dr. Brander über: Die Grundbesitzverhältnisse in unserm Bezirk.
- 2. Kreis Weidling. Die Fraktionskommission hat wegen der Kundgebungsform nicht heute, sondern zu Dienstag um 7 Uhr, im Rathaus, Zimmer 21, Post.
- 3. Alt. Preussen. Sozialistisches Seminar. Infolge Verhinderung des Referenten fällt der heutige Abend aus. Nächster Abend Montag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, bei Klub „Sozialismus und Kommunismus“. Anwesend Genosse Max Grunwald.



